



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Halbfaß, W.: Die wirtschaftliche Bedeutung der Abstimmungsgebiete

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

die Fischerschen Lehren, die nichts anderes sind, als was wir selbst getan haben, ganz sicher wieder gutheißen, nämlich dann, wenn sie auf der Linie seiner Interessen liegen.

Daß in künftigen Kriegen die Schädigung und Vernichtung des feindlichen Handels eine weit größere Rolle spielen wird als bisher, unterliegt kaum einem Zweifel. Allen völkerrechtlichen und humanen Bestrebungen zum Troß wird das Privateigentum auf See Hauptangriffsziel eines jeden seemächtigen Gegners bilden. Und England wird der Letzte sein, der hier nicht jede Möglichkeit strupellos auszunutzen sucht.

Die wirtschaftliche Bedeutung der Abstimmungsgebiete

Von Prof. Dr. W. Halbfax (Jena)

I.



eber die Größe, Einwohnerzahl und die wirtschaftlichen Belange derjenigen bisher zum Deutschen Reich gehörigen Landesteile, über deren Verbleib beim Mutterland erst durch eine Abstimmung seitens ihrer über 20 Jahre alten Bewohner entschieden werden soll, herrschen in unserem Vaterland leider oft noch sehr unklare, ja sogar direkt falsche Vorstellungen, weshalb sie hier in aller Kürze noch einmal zusammengestellt werden sollen. Maßgebend für den Umfang der Abstimmungsgebiete sind die verschiedenen Artikel in dem Friedensvertrag von Versailles, nämlich 34 für die Bezirke Malmédy und Eupen, 48 für das Saarbecken, 88 für Oberschlesien, 94 und 95 für Ostpreußen, 96 für Westpreußen und 109 für Nordschleswig; für die Grenzen Ostpreußens, das ja ein vollkommen für sich abgeschlossenes Land künftighin bilden wird, kommt außerdem noch Artikel 28 in Betracht, der seine Grenzen festsetzt.

Das Saargebiet, das mit seinen 1800 qkm an Größe hinter dem bisherigen Herzogtum Sachsen-Koburg-Gotha zurücksteht, es aber an Einwohnerzahl (über 500 000) weit übertrifft, kann von vornherein hier außer Betracht bleiben, da die eventuelle Abstimmung ja erst 15 Jahre nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages stattfinden darf. Auch das Gebiet der Kreise Eupen und Malmédy mit rund 1000 qkm und 60 000 Einwohnern kann mit den übrigen Abstimmungsgebieten insofern nicht auf gleiche Stufe gestellt werden, als es dort nur Sache der belgischen Regierung ist, das Ergebnis einer etwaigen Abstimmung zur Kenntnis des Völkerbundes zu bringen, woraus noch lange nicht die absolute Zugehörigkeit dieser Gebietsteile zu Belgien oder Deutschland folgt, während bei den andern Abstimmungsgebieten die Bewohner selber über ihre zukünftige Staatsangehörigkeit zu entscheiden haben werden.

Zunächst einiges über den Modus der Abstimmung, über den in weiten Kreisen unseres Volkes noch große Unklarheit herrscht. Jeder stimmt in derjenigen Gemeinde ab, in welcher er seinen Wohnsitz hat, oder, wenn er seinen Wohnsitz nicht in dem Gebiete hat, in derjenigen Gemeinde, in der er geboren ist. Es müssen also alle diejenigen Personen, die im Abstimmungsgebiet geboren sind, zurzeit aber nicht sich darin aufhalten, sich rechtzeitig in ihre Heimat begeben, um an der Abstimmung teilnehmen zu können, falls sie dazu die Absicht haben. Wer also in Thüringen oder in Westfalen wohnt, aber aus einem der im Abstimmungsgebiet liegenden Orte gebürtig ist, muß, um abstimmen zu können, die weite Reise nach seiner Heimat in der Abstimmungszeit unternehmen. Einer oberflächlichen Schätzung nach wird die Zahl dieser Personen auf mindestens 300 000 geschätzt, wahrscheinlich ist sie noch größer! Ob eine schriftliche Stimmabgabe für solche, die durch Alter, Krankheit oder berufliche Unabkömmlichkeit

verhindert sind, nach ihrer Heimat zu reisen, oder ob eine Übertragung der Stimme durch Vollmacht möglich sein wird, steht noch dahin, sehr wahrscheinlich erscheint solche Möglichkeit zurzeit leider noch nicht. Selbstverständlich werden diese Reisen mit mancherlei Unbequemlichkeiten, Zeitverlust und vor allem mit großen Kosten verknüpft sein. Da der Staat nichts dazu gibt, hat sich eine private Organisation gebildet, welche dem Einzelnen die Kosten nach Möglichkeit verringern will.¹⁾ Im Interesse des deutschen Vaterlandes muß man wünschen, daß es der Organisation gelingen wird, die erforderlichen Mittel, die sich auf eine erhebliche Zahl von Millionen Mark belaufen werden, zusammenzubringen.

Nach Artikel 28, 88, 96, 97, 108 des Vertrags von Versailles ist stimmberechtigt jede Person, ohne Unterschied des Geschlechts, die am 1. Januar des Jahres, in dem die Abstimmung stattfindet, das 20. Lebensjahr vollendet hat, in einem der Abstimmungsgebiete geboren ist oder dort seit einem von dem Ausschuß festzusetzenden Zeitpunkt ihren Wohnsitz oder persönlichen Aufenthaltsort gehabt hat. Nur für den Abstimmungsbezirk Schleswig weichen die Bestimmungen des § 109 von den allgemeinen insofern ab, als die zur Abstimmung berechtigte Person bei Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages das 20. Lebensjahr vollendet haben und in der Zone, in der die Volksabstimmung stattfindet, geboren sein oder dort seit einem vor dem 1. Januar 1900 liegenden Zeitpunkt ihren Wohnsitz gehabt haben muß. Wäre also der Vertrag noch 1919 in Kraft getreten, so wären in Schleswig die im Jahre 1900 geborenen Personen noch nicht stimmberechtigt gewesen, während sie es in den übrigen Abstimmungsgebieten sind. Praktisch ist diese Ausnahme allerdings bedeutungslos, da der Vertrag erst 1920 ratifiziert werden wird. Aber auch in der Abstimmungsweise unterscheidet sich die erste schleswigsche Abstimmungszone ganz wesentlich von allen übrigen Gebieten. Hier richtet sich nämlich das Ergebnis nach der Mehrheit der im gesamten Abschnitt abgegebenen Stimmen, in allen übrigen Gebieten dagegen erfolgt die Abstimmung und ihre Auswertung gemeindeweise; für die zweite schleswigsche Zone heißt es in den Ausführungsbestimmungen noch ausdrücklich: „Diejenigen Gemeinden, die überwiegend dänisch abgestimmt haben, kommen zu Dänemark, die anderen zu Deutschland, ohne Rücksicht auf ihre geographischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu ihrer Nachbarschaft“, so daß möglicherweise in diesem Teil Nordschleswigs dänische Enklaven im deutschen Gebiet und umgekehrt deutsche Enklaven im dänischen Gebiet entstehen werden. Dagegen wird für Oberschlesien, Ost- und Westpreußen besonders festgestellt, daß auf Grund der in jeder Gemeinde abgegebenen Stimmzahl ein Vorschlag zu machen ist, wie unter Berücksichtigung sowohl der Willenskundgebung der Einwohner als auch der geographischen und wirtschaftlichen Lage der Ortschaften die Grenzlinien gezogen werden sollen. Ich verstehe diesen sehr wichtigen Passus so, daß eine Gemeinde, die überwiegend polnisch abgestimmt hat, geographisch und wirtschaftlich aber zum deutsch verbleibenden Gebiet in engen Beziehungen steht, trotzdem zu Deutschland geschlagen werden kann, während natürlich auch das entsprechende von einer überwiegend deutsch abstimmenden Gemeinde gilt. Es ist vorauszusetzen, daß diese Bestimmung die Quelle sehr verwickelter Streitigkeiten werden wird, und die Aussicht führende Macht, d. h. die Entente, wird schon dafür sorgen, daß sie nicht zu unseren Gunsten entschieden werden wird.

Welche entscheidenden nationalen, kulturellen und materiellen Belange bei diesen Abstimmungen auf dem Spiele stehen, soll hier in aller Kürze auseinandergesetzt werden, wobei der Schwerpunkt nicht auf diejenigen Momente gelegt wird, welche für den Betroffenen selbst in erster Linie in Frage kommen — denn sie werden schon selbst am besten wissen, wo ihnen der Schuh drückt —, sondern auch die Erörterung der Frage, was die Abstimmungsgebiete für das übrige Deutschland bedeuten.

¹⁾ Über den „Deutschen Schutzbund für die Grenz- und Auslandsdeutschen“ und die von ihm veranstaltete Grenzspende, vgl. Max Hildebert Boehm „Grenzdeutschum“ Nr. 1 S. 21.

II.

Weitaus an erster Stelle steht Oberschlesien, sowohl was seinen Umfang und seine Bewohnerzahl anlangt, als auch hinsichtlich seiner wirtschaftlichen Bedeutung. Das oberschlesische Abstimmungsgebiet umfaßt den ganzen ehemaligen Regierungsbezirk Oppeln bis auf die Kreise Falkenberg, Neiße Stadt, Neiße Land, Grottkau, welche ohne Abstimmung bei Deutschland bleiben, und die Kreise Ratibor Land und Neustadt, welche nur je zu zwei Drittel zum Abstimmungsgebiet gehören, ferner vom Regierungsbezirk Breslau ein Sechstel des Kreises Namslau. Bei dieser Gelegenheit sei bemerkt, was merkwürdig wenig bekannt zu sein scheint, daß die Hälfte des Kreises Wartenberg und der kleinere Teil des Kreises Guhrau, beide zu Breslau gehörig, bereits jetzt schon Teile des polnischen Reiches geworden sind, gerade so wie der Rest von Neustadt und Ratibor schon jetzt zu Tschechien gehören, dem deutschen Vaterland also zunächst verloren gegangen sind!

Mit 11 400 qkm hat das oberschlesische Abstimmungsgebiet etwa die Größe von Gesamtthüringen ohne den Bezirk Erfurt, aber mit seinen 2 Millionen Einwohnern etwa 700 000 Seelen mehr als dieses. Seine Bevölkerungsdichte ist allerdings sehr ungleich. Während sie in den Bergwerk- und Hüttenbezirken Tarnowitz, Gleiwitz, Beuthen, Zabrze (Hindenburg), Rattowitz, Königshütte bis auf 1000 Seelen auf 1 qkm steigt und dort eine der größten in Deutschland überhaupt ist, sinkt sie in Rosenberg und Lublinitz auf 50 bis 60. Allerdings steht im großen und ganzen die Bevölkerungsdichte Oberschlesiens erheblich über dem Durchschnitt Deutschlands (178 gegen 123) und wird von preußischen Regierungsbezirken nur von Berlin, Arnberg, Düsseldorf und Köln, von deutschen Bundesstaaten nur von Sachsen, Meck und den Hansestädten übertroffen. Es leidet nicht den geringsten Zweifel, daß alle Kulturwerte, die in Oberschlesien geschaffen sind, während einer mehr als siebenhundertjährigen Epoche von Deutschen geschaffen wurden, nicht von Polen, die nur eine verhältnismäßig kurze Zeit, von 999 bis 1163, über Oberschlesien geherrscht haben, daß also Oberschlesien kulturell durchaus als ferndeutscher Landesteil anzusehen ist. Anders steht es allerdings teilweise mit der Bevölkerung, was ihre Muttersprache betrifft.

Die Gesamtzahl der polnisch Sprechenden in ganz Schlesien betrug 1910 1 236 228 (35,3 v. H.) gegen 1 221 268 (36,7 v. H.) im Jahre 1905, also eine nicht unbedeutende Abnahme. Auf Oberschlesien (Reg.-Bez. Oppeln) entfielen 1 169 340 (53 v. H.) gegen 918 728 (58 v. H.) im Jahre 1890. Von den zum Abstimmungsgebiet gehörigen Kreisen weist gegenüber der Volkszählung 1900 nur Ratibor Stadt eine relativ erhebliche Zunahme der Polen auf (30 v. H. gegen 15 v. H.), eine unbedeutende daneben noch die Kreise Kosel, Groß-Strehlitz, Neustadt. Dagegen ist in allen übrigen Kreisen die polnische Bevölkerung relativ gesunken, am meisten in Zabrze (Hindenburg) von 69 auf 51 v. H. 1910 überwoog die polnische Bevölkerung am meisten in Pleß (86 v. H.), Rosenberg (80 v. H.), Lublinitz (79 v. H.), Groß-Strehlitz (79 v. H.), Rybnik (78 v. H.), Oppeln Land (76 v. H.), Loß-Gleiwitz (76 v. H.) und Kosel (75 v. H.). Über die Hälfte der Bevölkerung war außerdem noch polnisch in den Kreisen Tarnowitz (69 v. H.), Rattowitz Land (65 v. H.), Beuthen Land (63 v. H.) und Zabrze (51 v. H.). Dagegen sprechen polnisch in Ratibor Land nur 48 v. H., in Neustadt 45 v. H., in Kreuzburg 47 v. H., in Königshütte Stadt 34 v. H., in Ratibor Stadt 30 v. H., Oppeln Stadt 16 v. H., in Gleiwitz Stadt 15 v. H., und Rattowitz Stadt nur 13 v. H. Die größeren Städte Oberschlesiens befennen sich also ganz überwiegend zur deutschen Sprache. Wieso der Kreis Leobschütz in das Abstimmungsgebiet geraten ist, ist nicht ersichtlich, denn 1910 bekannten sich 85 v. H. zur deutschen und nur 6 zur polnischen Nationalität, während der Rest tschechisch sprach! Wahrscheinlich ist es die große Fruchtbarkeit des Kreises — mit 86 v. H. Acker- und Gartenland des Gesamtareals steht er weitaus an der Spitze aller oberschlesischen —, welche in den Polen die Hoffnung erregt hat, ihn unter ihre Botmäßigkeit zu bekommen. Nicht unerwähnt darf gelassen werden, daß trotz über-

wiegend polnischer Bevölkerung man hier auch nur einen besonderen Dialekt, den sogenannten Wasserpolnischen, spricht, und daß, abgesehen von den letzten Reichstagswahlsektionen, kein einziger Pole in den Reichstag gewählt wurde.

Was die materiellen Werte Oberschlesiens anlangt, so ist in erster Linie sein Kohlenreichtum zu nennen; es besitzt eine solche Menge übereinander gehäufte mächtiger Kohlenflöze, wie sie, wenigstens bis zu 1000 m Tiefe, nach den bisherigen Erfahrungen der Geologen und Bergleute, auf der ganzen Erde nicht wieder angetroffen werden. Von dem gesamten ober-schlesischen Kohlenbecken in der Größe von 5757 qkm, gleich Braunschweig und Anhalt, entfallen auf den deutschen Anteil 2800 qkm, also beinahe die Hälfte. Bis zu 1000 m Tiefe werden die vorhandenen Kohlenmengen auf über 86 000 Milliarden Tonnen, das ist 57 v. H. der gesamten Kohlenschätze Deutschlands geschätzt, während auf das Ruhrrevier bis zu gleicher Tiefe nur 45 000 Milliarden, also nur 28 v. H. entfallen. Anders steht das Verhältnis beider Reviere allerdings, wenn man bis zur Tiefe von 2000 m steigen würde — tatsächlich graben wir bis jetzt nirgends unter 1000 m Tiefe —, denn bis zu dieser Tiefe würden sich die Steinkohlenvorräte Oberschlesiens auf 170 000 Milliarden, die des Ruhrreviers dagegen auf 213 000 Milliarden, also erheblich höher belaufen. Im Jahre 1912 kam ein Viertel unserer gesamten Steinkohlenförderung auf Oberschlesien, nämlich 41 Mill. Tonnen im Werte von 355 Millionen Mark, von denen 34 Mill. Tonnen für 314 Mill. Mark verkauft wurden. Es waren 58 Werke mit einer Belegschaft von ungefähr 125 000 Mann daran beteiligt (im Ruhrkohlenbezirk gleichzeitig 170 Werke mit 374 000 Belegschaft). Ferner besitzt Oberschlesien die größte Zinkindustrie Europas (über 80 v. H. der deutschen, 17 v. H. der Weltindustrie), indem es etwa 200 000 t Zink im Werte von 120 Mill. Mark förderte, Berg- und Hüttenanlagen im Kapitalwert von über 2 Milliarden Mark (nach Friedenspreisen!), eine Eisenindustrie, die trotzdem sie die Erze von weither holen muß, in den Hütten- und Industriewerken zur Bedeutung unserer eisenverarbeitenden Industrie sehr viel beigetragen hat, endlich Kalk-, Zement-, Schamottstein-, Zucker-, Spiritus-, Holz-, chemische und Textilindustrie von größter Bedeutung. Der Unternehmerrmut in Oberschlesien ist bisher trotz der traurigen Aussichten für die Zukunft nicht gesunken. Die Schlesiische Aktiengesellschaft für Bergbau- und Zinkhüttenbetrieb in Cipine, die Gewerkschaft Georg von Gieseke's Erben, die Oberschlesiische Zinkhütten-Aktiengesellschaft in Kattowitz, die Oberschlesiischen Kokswerke und Chemische Fabriken-Aktiengesellschaft, die Vorrigwerke, um nur einige Namen zu nennen: sie alle arbeiten rüstig an ihrer Instandsetzung und Erweiterung, sind mit dem Ausbau ihrer Anlagen beschäftigt, ihre Arbeit wäre umsonst gewesen, wenn Oberschlesien polnisch würde.

Die ober-schlesischen Waldungen lieferten 1912/13 1 563 477 Festmeter Holz, darunter etwa 800 000 Festmeter Nutzholz, 600 000 Festmeter Brennholz und den Rest Stock- und Reisholz, abgesehen von dem viel geringeren Ertrag der Eichen-schälwaldungen an Eichenlohe. Der Gesamtwert ist bei den heutigen Preisen gewiß auf mindestens 300 Millionen Mark zu veranschlagen.

Sehr beträchtlich ist endlich der Ertrag aus der landwirtschaftlich genutzten Fläche Oberschlesiens, der uns verloren gehen würde, falls es zu Polen käme. Einer Zusammenstellung in der „Statistischen Korrespondenz des Preussischen Statistischen Landesamtes“ vom 24. Mai dieses Jahres entnehme ich folgende interessante, leider im Deutschen Reich noch viel zu wenig bekannte Zahlen. Nach den Ermittlungen des Jahres 1913 — spätere liegen nicht vor und konnten auch wegen der Kriegsverhältnisse nicht zum Vergleich herangezogen werden — wurden von Oberschlesiens Abstimmungsgebiet geerntet: 1 Mill. Dz. Weizen (3,4 v. H. vom Ertrag des gesamten preussischen Staates), 3,4 Mill. Dz. Roggen (3,6 v. H.), etwas über 1 Mill. Dz. Gerste (4,7 v. H.), 2³/₄ Mill. Dz. Hafer (4,1 v. H.), 18,5 Mill. Dz. Kartoffeln (4,7 v. H.), 0,2 Mill. Dz. Hülsenfrüchte (1,6 v. H.), beinahe 5 Mill. Dz. Zuckerrüben (2,6 v. H.), 3,3 Mill. Dz. Futterrüben (2,2 v. H.), 30 000 Dz. Raps (9,7 v. H.), 2,6 Mill. Dz. Klee (3,5 v. H.), endlich 15,2

Mill. Dz. Wiesenheu. Bemerkenswert ist der bedeutende Prozentsatz des angebauten Rapses.

Was diese Mengen auf den Kopf der übrigen Bevölkerung im Deutschen Reich bedeuten, soll am Schlusse dieser Erörterungen dargestellt werden, wenn wir die Ergebnisse aus allen Abstimmungsgebieten zusammenfassen.

III.

Noch etwas größer an äußerem Umfang als das oberschlesische ist das ostpreußische Abstimmungsgebiet in Masuren, also im Südosten Ostpreußens. Es enthält 12 300 Quadratkilometer mit etwa 600 000 Einwohnern, ist also etwas kleiner als Mecklenburg-Schwerin und gleich diesem Bundesstaat verhältnismäßig schwach bevölkert, da durchschnittlich noch nicht 50 Menschen auf 1 Quadratkilometer entfallen. Es umfaßt den ganzen Regierungsbezirk Allenstein bis auf den südwestlichen Teil des Kreises Neidenburg, der schon jetzt zu Polen geschlagen ist, außerdem vom Bezirk Gumbinnen den Kreis Oletzko. Wie in Oberschlesien, so beruht auch in Masuren die ganze Kulturentwicklung, die das Land genommen hat, ausschließlich auf deutscher Arbeit und vollends über den deutschen Charakter des Ermlandes, wozu der Kreis Rößel und der größte Teil des Kreises Allenstein zu rechnen sind, kann gar kein Zweifel sein. Trotz ihrer drei Jahrhunderte reichenden Herrschaft ist es den Polen nie gelungen, den deutschen Charakter des Ermlandes zu verwischen. Erst 1766 sind Polen ins südliche Ermland eingewandert und haben sich dort mit den Resten der dort ansässigen preußischen Urbewohner und der deutschen Kolonisten zu dem jetzigen Mischvolk mit einer polnisch klingenden Mischsprache vereinigt. Und was von Ermland gilt, hat in der Hauptsache auch für das eigentliche Masuren Geltung.

Die heutigen Masuren sind, wie die ausgezeichneten Untersuchungen von Döhring „Über die Herkunft der Masuren“, Königsberg 1910, gezeigt haben, keineswegs aus rein polnischem Blut entsprossen, sondern aus einer Mischung altpreußischen, polnischen und deutschen Blutes. Die häufig vorkommende Endung „ski“ zeigt keineswegs die nationalpolnische Herkunft seiner Träger an, sondern sagt nur, daß der ihn führende Name aus dem betreffenden Orte stammt, so Sazjewski, der Mann aus Sakra. Er kann also ebensowohl ein polonisierter Deutscher oder Preuze oder ein Nationalpolze sein.

Zurzeit ist das Verhältnis der polnisch (masurenisch) sprechenden zur deutschsprechenden Bevölkerung im Ganzen das von 7 : 5. Das Deutschtum hat in den letzten 30 Jahren sichtbare Fortschritte gemacht. Von den masurischen Kreisen einschließlich des Kreises Oletzko sind Ortelsburg (76 v. H.), Neidenburg (70 v. H.), Johannesburg (73 v. H.), Lyda (56 v. H.), Sensburg (54 v. H.) überwiegend von Masuren bewohnt, dagegen Allenstein (51 v. H.), Osterode (54 v. H.), Lözen (58 v. H.), Oletzko (64 v. H.) und Rößel (85 v. H.) überwiegend von Deutschen. Rößel ist also in einem Grade überwiegend deutsch, wie kein einziger in Masuren gelegener Kreis masurenisch. Erst bei der letzten Reichstagswahl wurden Stimmen für die polnische Reichstagsfraktion abgegeben, bis dahin wurden nur deutsche Kandidaten aus der, was immer wieder hervorgehoben werden muß, ganz überwiegend evangelischen Bevölkerung abgegeben. Nur Ermland ist überwiegend katholisch.

Wiewohl Ostpreußen, und Masuren insbesondere, arm an mineralischen Bodenschätzen ist und Kohle und Eisen von auswärts beziehen muß, so können seine bisher noch wenig ausgenützten Bodenschätze noch in weit größerem Umfang für die Volkswirtschaft ausgenutzt werden, als dies bisher leider der Fall gewesen ist. So schreibt Heß von Wichdorf in seinem Buch „Masuren“ (Berlin 1915), daß schwarzer Flachmoortorf in Masuren in vielen Niederungen da vorkommt, wo meist vorhanden gewesene Seen verlandet sind, und daß er stellenweise eine Mächtigkeit von 6—8 Meter erreicht. Nach Ansicht Sachverständiger ist dieser Torf vorzüglich geeignet zur Gewinnung von Kraftgas, sowie von schwefelurem Ammoniak und Teer als Nebenprodukten. Größere Eisenerzlager finden sich am Rande der

Sumpfniederungen, die sich am Südbhang des baltischen Höhenrückens entlang hinziehen. Das Erz dieser Lager wurde früher von der einheimischen Bevölkerung in primitiven Schmelzöfen verhüttet und weiter verarbeitet. Seit dem Jahr 1878 sind zwar die letzten dieser industriellen Anlagen eingegangen, aber seit der Erfindung des Thomasverfahrens, bei welchem als Nebenprodukt das Thomasmehl gewonnen wird, ein sehr geschätztes phosphorsaures Kalkdüngemittel, sind die Maseneisenerze wieder zu Ehren gekommen. Auch an Bernstein ist Masuren reich, namentlich in der Gegend von Allenstein, Papenheim, Nikolaiten bis zur polnischen Grenze, das etwa 3000 Quadratkilometer umfassende masurische Bernsteinlager ist aber bisher noch so gut wie gar nicht ausgebeutet, obwohl es gewiß abbaufähig wäre. Sicher wird auch an anderen Stellen noch Braunkohle fündig werden.

Einen besonders wertvollen Bestandteil der natürlichen Schätze Ostpreußens bilden seine Waldungen. Während des letzten vor dem 1. Juni 1913 abgeschlossenen Wirtschaftsjahres war der Ertrag aus den rund 2560 Quadratkilometer großen Forsten 1 114 274 Festmeter, deren Wert heute gewiß auf mindestens 200 Millionen Mark veranschlagt werden kann, wenn man bedenkt, daß von der Gesamtmenge über 740 000 Festmeter Nutzholz 240 000 Festmeter Brennholz und nur 134 000 Festmeter Stod- und Reisholz waren.²⁾ Ostpreußen war zwar von jeher eine der ersten Kornkammern des Reiches, 1913 lieferte es 900 000 Tonnen Brotgetreide, 700 000 Stück Rindvieh und 500 000 Pferde wurden gehalten und 73 v. H., also beinahe drei Viertel seiner Bodensfläche, stand in landwirtschaftlicher Benutzung, aber reich an Korn und Vieh ist vor allem die nördliche Hälfte der Provinz, die ja Deutschland auf alle Fälle erhalten bleibt, wenn allerdings als ein abgesprengter Splitter. Denn zwischen ihr und dem übrigen Deutschland schiebt sich, selbst wenn wir das ostpreußische Abstimmungsgebiet und den neuen Freistaat Danzig als deutschfreundlich bzw. deutsches Gebiet betrachten könnten, der nördliche Zipfel des neuen Polenreiches dazwischen.

Das ostpreußische Abstimmungsgebiet brachte 1913 hervor: $\frac{1}{4}$ Mill. D_z. Weizen, 2,6 Mill. D_z. Roggen, über $\frac{1}{2}$ Mill. D_z. Gerste, 1,4 Mill. D_z. Hafer, $12\frac{1}{4}$ Mill. D_z. Kartoffeln, über $\frac{1}{2}$ Mill. D_z. Hülsenfrüchte, 2,8 Mill. D_z. Futterrüben, 3,3 Mill. D_z. Klee und $5\frac{3}{4}$ Mill. D_z. Wiesenheu. An Hülsenfrüchten lieferte es 4,5 v. H., an Wiesenheu 4 v. H. des Gesamtertrags des bisherigen Königreichs Preußen.

IV.

Bedeutend kleiner als das ostpreußische ist das westpreußische Abstimmungsgebiet, es umfaßt die beiden Kreise Stuhm und Rosenberg vollständig, Marienburg östlich der Rogat (ungefähr ein Viertel) und Marienwerder östlich der Weichsel (etwas mehr als die Hälfte) mit zusammen 2450 Quadratkilometer und 160 000 Einwohnern, ist also größer wie Sachsen-Meinungen, dessen Bevölkerungsdichte es aber überragt. Östlich grenzt es an die beiden ostpreußischen Bezirke, nördlich an den zukünftigen Freistaat Danzig und den bei Deutschland endgültig verbleibenden westpreußischen Kreis Elbing, während es im Süden und Westen von Polen umklammert wird. Von der ganzen Provinz Westpreußen sind nur noch außer dem eben erwähnten Kreis Elbing der Kreis Deutsch-Krone und Teile der Kreise Schlochau und Flatow, zusammen etwa 2800 Quadratkilometer, also nur 11 v. H. bei Deutschland definitiv geblieben. Um so bedeutungsvoller wäre der dauernde Besitz des Abstimmungsgebietes, das die polnische Scheidewand zwischen dem isolierten Ostpreußen und dem übrigen Deutschland um etwa 30 Kilometer verschmälern würde.

Polen hat stets nach dem Besitz von Westpreußen gestrebt, aber nur etwa drei Jahrhunderte, von 1466 bis 1772 hat es das Ziel durch geschickte Aus-

²⁾ Während der Korrektur lese ich, daß in Mitteldeutschland für ein Festmeter Eichenholz 1000 Mark bezahlt wurden!

nutzung von Zwiespalt in den Reihen der Deutschen vorübergehend erreicht. Die Polen haben stets behauptet, Westpreußen sei polnisches Land, die Bevölkerung sei immer größtenteils polnisch gewesen, die Wahrheit aber ist, daß in diesem Lande bis zum Beginn der Neuzeit und der Herrschaft des deutschen Ordens Preußen oder wie ihn der Deutsche aussprach „Preußen“ gewohnt haben und daß erst im 13. Jahrhundert eine schwache polnische Besiedlung stattfand, über deren Verlauf und Erfolg im einzelnen fast jede Nachricht fehlt. Wahrscheinlich waren nur wenige Gebiete an der Weichsel von Polen besetzt und erst viel später kamen, als Preußen die feierlich zugesicherte Freiheit und Selbstregierung auf dem Reichstage zu Lublin 1569 verloren hatte, Polen in größerer Zahl ins Land, das seine ganze damalige Kultur ausschließlich dem Fleiße deutscher Landwirtschaft und weitgehender Selbstverwaltung seiner Bewohner verdankte. Als Friedrich II. 1772 das Weichsel- und Nezegebiet Westpreußens wieder für Deutschland gewann, befand sich das Land mit Ausnahme von Danzig, das eine Sonderstellung einnahm (allenfalls noch von Thorn und Elbing) in einem Zustand jämmerlicher Verwahrlosung und Armut, aus dem es dann durch die Tatkraft seiner Bewohner unter preußischer Herrschaft sich wieder emporgearbeitet hat.

In ganz Westpreußen stehen sich etwas über 1 Million Deutscher 600 000 Nichtdeutschen gegenüber, die große Mehrzahl (65 v. H.) bekennt sich zur deutschen Sprache, dessen ungeachtet ist der bei weitem größte Teil der Provinz schon jetzt zu Polen gefallen! Von den vier Kreisen des westpreußischen Abstimmungsgebietes ist Marienburg zu 97 v. H., Rosenberg zu 92 v. H., Marienwerder zu 62 v. H. und Stuhm zu 57 v. H. deutsch. Im Ganzen stehen sich ungefähr 120 000 Deutsche 40 000 Polen gegenüber, die deutsche Mehrheit ist so imposant, wie sie in keinem der andern Abstimmungsgebiete wiederkehrt!

Was an geistiger Bedeutung im westpreußischen Abstimmungsgebiet, falls es zu Polen käme, verloren ginge, sagt mehr wie alles andere das einzige Wort: Marienburg mit seinem Ordenschloß. An materiellen Gütern kommen außer den Waldungen in den Kreisen Marienwerder und Rosenberg, die 1913 etwa 20 000 Festmeter lieferten, darunter über die Hälfte Nutzholz, die reichen Weizen- und Rübenfelder an den Ufern der Weichsel und Rogat in den Kreisen Marienburg und Stuhm in Betracht. Trotz des geringen äußeren Umfangs produzierte das Gebiet an landwirtschaftlichen Produkten 0,3 Mill. Dz. Weizen, 0,5 Mill. Dz. Roggen, 0,3 Mill. Dz. Gerste, 0,5 Mill. Dz. Hafer, 2 Mill. Dz. Kartoffeln, 0,2 Mill. Dz. Hülsenfrüchte, 1,5 Mill. Dz. Zuckerrüben, 1,4 Mill. Dz. Futterrüben, 1,3 Mill. Dz. Klee und 1,1 Mill. Dz. Wiesenheu oder pro Quadratkilometer seines Areals produziert der Bezirk in Weizen 120 Dz., in Zuckerrüben 600 Dz. gegenüber 80 bzw. 400 Dz. in ganz Preußen, ein offensichtlicher Beweis für die Fruchtbarkeit des Landes. Auch die Produktion an Hülsenfrüchten überragt den Durchschnitt des Staates um das doppelte, an dem für die Gewinnung von Öl so wichtigen Raps um das vierfache!

Aber die Größe des Viehstandes habe ich leider in dem übrigen Abstimmungsgebiete, so auch für das westpreußische, keine genauen Daten auffinden können. Mineralische Bodenschätze besitzt Westpreußen leider so gut wie gar keine.

V.

Das nordschleswigische Abstimmungsgebiet zerfällt bekanntlich in eine nördliche und eine südliche Zone. Erstere umfaßt die Kreise Apenrade, Sadersleben und Sonderburg, sowie die nördlichen Teile der Kreise Tondern und Flensburg-Land, letztere den Rest der beiden zuletzt genannten Kreise, Flensburg-Stadt und den Nordostzipfel des Kreises Husum. Die erstere Zone ist ungefähr 3600 Quadratkilometer groß und zählt rund 190 000 Einwohner, letztere 1300 Quadratkilometer mit 110 000 Einwohnern, das ganze Abstimmungsgebiet umfaßt daher 4900 Quadratkilometer mit 300 000 Einwohnern, ist also kleiner als das Großherzogtum Oldenburg (5380 Quadratkilometer), dessen Bevölkerungsdichtigkeit ungefähr die gleiche ist, hat aber erheblich weniger Einwohner als Braunschweig (500 000), obwohl dieses nur 3672 Quadratkilometer groß ist. Es ist also ähnlich dem

ostpreussischen Abstammungsgebiet ein schwach bevölkertes Land (noch nicht 60 Einwohner auf 1 Quadratkilometer). In ganz Schleswig gaben bei der Volkszählung vom 1. Dezember 1905 67 v. H. die deutsche, 29 v. H. die dänische als ihre Muttersprache an, der Rest entfällt in der Hauptsache auf Angehörige der friesischen Sprache. Im Kreise Hadersleben sprachen 18 v. H. deutsch, 81 v. H. dänisch, in Apenrade 24 v. H. deutsch, 75 v. H. dänisch, in Sonderburg 20 v. H. deutsch, 80 v. H. dänisch, in Tondern 34 v. H. deutsch, 44 v. H. dänisch und 21 v. H. friesisch, in Flensburg 92 v. H. deutsch, nur 6 v. H. dänisch. Dabei hat das Deutschtum in den letzten 15 Jahren unverkennbare Fortschritte gemacht, denn 1890 sprachen in Hadersleben nur 11 v. H., in Apenrade nur 17 v. H., in Sonderburg 13 v. H. und in Tondern nur 27 v. H. der Bevölkerung deutsch. In den Städten der vier Nordkreise ist das Sprachenverhältnis weit mehr zugunsten des Deutschums, denn es sprachen 1905 in der Stadt Apenrade je 49 v. H., in Hadersleben 37 v. H., in Sonderburg 58 v. H. und in Tondern 70 v. H. deutsch und die Gemeindevertretung besaß in fast allen größeren Marktorten die entschiedene Majorität, auch in vielen Landgemeinden halten sich die Deutschen und die Dänen gegenseitig das Gleichgewicht. Eine reinliche Ausscheidung rein dänischer Bezirke, wie dies vielleicht für reinpolnische Bezirke in Westpreußen und Oberschlesien der Fall ist, ist ganz unmöglich. Abgesehen gehen dänische Sprache und dänische Gesinnung in Nordschleswig bei weitem nicht zusammen, was am klarsten bei den Ergebnissen der Reichstagswahlen zutage tritt. Im Jahre 1912 wurden im Wahlkreis Hadersleben-Sonderburg 11744 dänische und 6317 deutsche Stimmen abgegeben, also zwei Drittel dänisch und ein Drittel deutsch, während das Sprachenverhältnis vier Fünftel zu ein Fünftel ist, im Wahlkreis Apenrade-Flensburg wurden 3560 dänische und 22344 deutsche Stimmen abgegeben. Verhältnis 1:6; Sprachenverhältnis dagegen 1:4. Und dabei kann man sicher annehmen, daß die Beteiligung der dänisch fühlenden Bevölkerung eine weit größere gewesen ist, als die der deutsch denkenden. Die Ursache dieser auf den ersten Blick vielleicht befremdenden Erscheinung ist in der durchaus nicht allgemein bekannten Tatsache zu suchen, daß in sehr vielen Häusern Nordschleswigs neben dem Deutschen auch die jütische Mundart gesprochen wird und doch fühlen diese „Heimdeutschen“, die überall die Bevölkerung durchsetzen und einen guten Teil des alten Volksterns ausmachen, so gut deutsch, wie irgendwelche andere Deutsche. Die Bewohner von ganz Schleswig sind niemals Dänen, also Skandinavier gewesen, sondern Angelsachsen, die einen Dialekt gesprochen haben, der der dänischen Sprache verwandt ist, aber die Bezeichnung Schleswig-Südjütland bleibt grundfalsch. Es ist eine durch keine dänische Sophistik wegzuleugnende Tatsache, daß bei jeder Volkszählung die Zahl der Deutschsprechenden Fortschritte, die der dänisch Sprechenden Rückschritte gemacht hat. Dennoch muß ohne weiteres zugegeben werden, daß eine sogenannte Nordschleswigsche Frage und daß im Lande selbst seit Jahren eine starke Agitation zugunsten einer Annexion seitens Dänemarks tatsächlich existiert, sie basiert im letzten Grunde auf den bekannten Artikel V des Prager Friedens vom 23. August 1866, dessen Inhalt satzhaft bekannt ist, so daß es sich wohl erübrigt, hier näher auf ihn einzugehen. Bekannt ist auch, daß dieser Artikel lediglich eine Abmachung zwischen Preußen und Österreich war, der weder Dänemark, noch Frankreich, noch sonst Jemand irgend etwas anging, weniger bekannt vielleicht, daß die dänische Regierung im Februar 1879 ausdrücklich anerkannt hat, daß sie keinerlei Ansprüche auf die Ausführung der Bestimmungen jenes Artikels erheben könne und daß sie die Anerkennung des preussischen Besitzrechtes auf Schleswig in der Einleitung zu dem Optantenvertrag vom 11. Juni 1907 wiederholt hat. Wenn trotzdem die Wiedervereinigung Nordschleswigs mit Dänemark das unveränderte Endziel der Hoffnungen und Ansprüche der Dänen geblieben ist und mit einer Festigkeit ein halbes Jahrhundert hindurch aufrecht erhalten wurde, die unsere Bewunderung herausfordert, so sind hier eine Reihe besonderer Ursachen maßgebend gewesen, auf die wir im Rahmen dieser kurzen geographischen Betrachtung nicht näher eingehen können.

Was die materiellen Werte von Nordschleswig angeht, so treiben die Kreise Hadersleben, Alpenrade, Sonderburg und Flensburg ganz überwiegend Ackerbau, dem etwa ein Drittel der Gesamtfläche des Landes gewidmet ist, in Sonderburg nimmt das Acker- und Gartenland sogar vier Fünftel des Areal's ein, ein in Deutschland ungewöhnlich hohes Verhältnis. Die Ernte, die im Lande selbst nicht aufgebraucht wird, versorgt einen nicht unbeträchtlichen Teil Nordwestdeutschlands. Im Kreise Londern nimmt das Acker- und Gartenland nur etwa zwei Fünftel des Areal's ein, ein etwas größerer Bruchteil des Bodens wird von Wiesen und Viehweiden ausgenutzt, die reichlich Fleisch, Fett, Milch und Butter produzieren. Bei der geringen Bevölkerungsdichte geht ein großer Teil dieser Produkte ins übrige Deutschland, deren Menge sich zahlenmäßig nicht feststellen läßt, doch fällt sie jedenfalls für die Ernährung des übrigen Norddeutschlands in die Waagschale.

Der Ertrag der landwirtschaftlich ausgenutzten Fläche in einzelnen Kreisen ist relativ sehr bedeutend, er bezifferte sich auf 0,5 Mill. D_z. Weizen, 0,8 Mill. D_z. Roggen, 0,5 Mill. D_z. Gerste, 1 $\frac{1}{4}$ Mill. D_z. Hafer, ebensoviel Kartoffeln, 1,2 Mill. D_z. Hülsenfrüchte, 8 $\frac{3}{4}$ Mill. D_z. Futterrüben, 1,4 Mill. D_z. Klee und 3,2 Mill. D_z. Wiesenheu. Während also Kartoffeln sehr zurücktreten, produziert es an Weizen und Wiesenheu wohl das anderthalbfache, an Hülsenfrüchten das zweieinhalbfache, an Futterrüben gar das vierfache im Verhältnis zu ganz Preußen. Nicht unerwähnt darf das Schicksal gelassen werden, das die Stadt Flensburg ereilen würde, falls sie zu Dänemark käme. Schon heut weitaus die bedeutendste Industrie- und Handelsstadt Schlesiens und einer der wichtigsten Handelshäfen der Ostsee würde unter dänischer Herrschaft ihre Blüte bald geknickt sein und ihre Einwohner würden zum größten Teil genötigt sein, auszuwandern, um der völligen Verarmung zu entgehen.

Möge es dem „meerumschlungenen“ Schleswig-Holstein, für dessen Vereinigung mit dem deutschen Vaterland vor mehr als 50 Jahren viele der besten Deutschen geblutet und ihr Leben eingesetzt haben, beschieden sein, in seinem ganzen Umfang deutsch zu bleiben. Das wünschen wir seinen tüchtigen und tapferen Bewohnern von ganzem Herzen!

Um die hervorragende wirtschaftliche Bedeutung der bereits abgetretenen und der der Abstimmung unterworfenen Gebiete für das übrige Deutschland noch einmal recht kurz und handgreiflich vor Augen zu stellen, mögen zum Schluß nur noch folgende Zahlenangaben folgen:

Ganz abgesehen von den enormen Futtermitteln, dem Ertrag zahlreicher Handelsgewächse — man denke nur an den Wein-, Hopfen- und Tabakbau im Elsaß, die Kali- und übrigen Salzwerte im Elsaß und in Posen —, dem reichen Viehstand in Nordschleswig und Westpreußen, produzierte für jeden Deutschen im übrig gebliebenen Deutschland, ihre Zahl zu 60 Millionen gerechnet, das bereits abgetretene Gebiet jährlich: 19 Pfd. Weizenmehl, 64 Pfd. Roggenmehl, 10 Pfd. Hülsenfrüchte, 17 Pfd. Zucker und 3,1 Ztr. Kartoffeln. Würden auch noch sämtliche Abstimmungsgebiete für uns verloren gehen, so beliefe sich der Gesamtverlust auf den Kopf der übrig gebliebenen Bevölkerung Deutschlands auf weit über 1 Ztr. Mehl, über 4 Ztr. Kartoffeln, 14 Pfd. Hülsenfrüchte und 21 Pfd. Zucker. Was diese Lebensmittel für den einzelnen bedeuten, ergibt eine einfache Gegenüberstellung mit den durch Brot- usw. Karten rationierten Lebensmitteln. Danach bezog der Deutsche jährlich im Durchschnitt im Jahre 1919: 150 Pfd. Mehl (entsprechend 225 Pfd. Brot) 3 Ztr. Kartoffeln, 18 Pfd. Zucker und höchstens 3 bis 4 Pfd. Hülsenfrüchte, falls er überhaupt diese Mengen auch wirklich bezog (was für viele Großstädte bei weitem nicht zutrifft). Sene Gebiete lieferten ihm also zwei Drittel seines Mehlquantums, etwas mehr als seine Zuckerration, vier Drittel soviel als seine Kartoffelration und viermal soviel Hülsenfrüchte, als er im günstigsten Fall bekam!

Jedes weitere Wort ist überflüssig!